



<u>1. SCHWERPUNKT: KOALITIONSVERTRAG</u>	3
(1) SPD: Betreuungsgeld Fehlstart in der Familienpolitik	3
(2) CDU/CSU: Gleichstellung mit neuen Vorzeichen	3
(3) Bündnis 90/Die Grünen: Familienpolitische Reise in die Vergangenheit	4
(4) AWO: Ungedechte Schecks und Verschieben lösen keine Probleme!	4
(5) Paritätischer Wohlfahrtsverband: Blinde Flecken im Koalitionsvertrag	5
(6) ZFF: Ohne Konzept gegen Kinderarmut sieht schwarz-gelbe Familienpolitik alt aus!	5
<u>2. SCHWERPUNKT: KINDERREGELSÄTZE</u>	6
(7) SPD: Regelleistungen für Kinder müssen bedarfsgerecht sein	6
(8) DIE LINKE: Kinder und Jugendliche aus der Armut holen – Regelleistungen umgehend erhöhen	6
(9) AWO: Der Armut ihr Kindergesicht nehmen: AWO fordert Systemwechsel!	7
(10) VAMV: Kinderregelsätze: Pfennigfuchserie in Karlsruhe	7
(11) ZFF: Der Streit um Cents macht kein Kind satt!	8
<u>NEUES AUS POLITIK, GESELLSCHAFT UND WISSENSCHAFT</u>	8
(12) Statistisches Bundesamt: Im März 2009 förderten Jugendämter 99 000 Kinder in Tagespflege	8
(13) Müller und Scheeres zur Kita-Einigung: Toller Erfolg - Qualität steigt, Beitragsfreiheit kommt - Opposition steht im Abseits	9
<u>INFOS AUS ANDEREN VERBÄNDEN</u>	9
(14) AWO: "Einfach hergekommen und fortgeholt und dann ist es gut ..."	9
(15) LSVD: Durchbruch bei der Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten	10
(16) Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben	11

<u>TERMINE UND VERANSTALTUNGEN</u>	11
(17) Veranstaltung: "Wertebildung in Familien"	11
(18) Fachtagung: "Wie wird Deutschland familienfreundlich?"	11
(19) Workshops "Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit"	12
(20) Fachtag: „Familie in guter Gesellschaft?“	12
<u>AUS DEM ZFF</u>	13
(21) ZFF: Personalwechsel	13

1. Schwerpunkt: Koalitionsvertrag

(1) SPD: Betreuungsgeld Fehlstart in der Familienpolitik

Anlässlich der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP zum Betreuungsgeld erklärt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Mit der im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP beschlossenen Einführung eines Betreuungsgeldes von monatlich 150 Euro ab 2013 für Familien, die ihre Kinder unter drei Jahren zu Hause betreuen, werden fatale bildungs-, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Fehlanreize gesetzt. So werden überkommene Rollenmuster zwischen Männern und Frauen verfestigt und es werden Familien benachteiligt, die Familien- und Erwerbsarbeit vereinbaren wollen.

Durch das Betreuungsgeld werden vor allem Kinder aus benachteiligten Familien schlechtere Bildungschancen erhalten. Denn für viele der benachteiligten Familien stellt das Betreuungsgeld einen sehr hohen Anreiz dar, ihre Kinder zu Hause zu behalten. Alle Kinder sollten aber von Anfang an eine bessere Integration, einen besseren Spracherwerb und eine bessere Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern erhalten.

Denn gute Bildung von Anfang an und soziale Kontakte zu Gleichaltrigen sind eine der wichtigsten Grundlagen, die wir Kindern für ihren Lebensweg mitgeben können. Studien zeigen, dass Kinder von einem frühen Besuch guter Kindertageseinrichtungen für ihre Bildungsbiographie profitieren. Dies trifft auf alle Kinder zu, nicht nur auf diejenigen aus benachteiligten Familien.

Die Begründung, ein Betreuungsgeld sei wegen der finanziellen Balance und Wahlfreiheit erforderlich, ist abwegig. So lange der Staat die klassische Rollenzuweisung mit zweistelligen Milliardenbeträgen, beispielsweise durch das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung fördert, aber nur unzureichend Geld für Krippenplätze zur Verfügung stellt, gibt es keine echte Wahlfreiheit und keine finanzielle Balance. Die meisten jungen Menschen wünschen sich heute beides: Familie und Beruf. Nur rund fünf Prozent der jungen Frauen wollen ausschließlich Mutter und Hausfrau sein. Auch immer mehr Väter wollen beides: Erfüllung finden in Familie und Beruf.

Anstatt den Ausbau der Kinderbetreuung schneller voranzutreiben und hierfür mehr Bundesmittel bereitzustellen, damit die durch die Finanzkrise angeschlagenen Kommunen den Betreuungsausbau auch schaffen, wird dies Geld für überholte Familienpolitik ausgegeben.

Das Betreuungsgeld setzt auch für Frauen falsche Anreize, nach der Geburt eines Kindes länger aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Dies hat zur Folge, dass die Mütter häufig nur schwer wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Weniger Rente und Altersarmut werden so oft vorprogrammiert.

Und doch sollen noch mehr Milliarden dafür ausgegeben werden, um eine Zuhausebleibprämie zahlen zu können. Milliarden, die allemal besser in die frühkindliche Bildung von Kindern investiert werden müssten.

Auf all dies hat die SPD immer wieder hingewiesen und das Betreuungsgeld in der Großen Koalition zu verhindern gewusst. Nun soll viel Geld zum falschen Zweck mit dem falschen Ziel ausgegeben werden - zum Schaden für die Familien, insbesondere für Kinder und Frauen.

Quelle: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion SPD Nr. 929 vom 27.10.2009

(2) CDU/CSU: Gleichstellung mit neuen Vorzeichen

Gleichstellungspolitik zum ersten Mal in einem großen Rahmen eingebettet

Am Montag, dem 26. Oktober 2009, haben die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP den Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ für die 17. Legislaturperiode unterzeichnet. Dazu erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Für die Gleichstellungs- und auch für die Familienpolitik wurde in dem Koalitionsvertrag viel erreicht: Wir werden einen Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensphasen des Lebensverlaufs erarbeiten. Damit wird die Gleichstellungspolitik zum ersten Mal nicht aus einzelnen Mosaiksteinen bestehen, sondern in einem großen Rahmen eingebettet. Dazu gehört natürlich auch, dass wir erstmals Gleichstellungspolitik nicht mit Frauenpolitik gleichsetzen, sondern dazugehörig auch eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln wollen. Denn nur so las-

ZFF-INFO NR. 22/2009 02.11.2009

sen sich Ungerechtigkeiten wie zum Beispiel die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern überwinden.

Auch für die Familien wird es weitere Verbesserungen geben mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, der Weiterentwicklung des Elterngeldes, dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und der Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013, mit dem Familien weiter unterstützt werden. Über die genauere Ausgestaltung des Betreuungsgeldes werden wir noch diskutieren, der Koalitionsvertrag ermöglicht jedenfalls das Gutscheinmodell, das beispielsweise in Hamburg erfolgreich praktiziert wird. Das Gutscheinmodell könnte dahingehend ausgebaut werden, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, die Gutscheine aber für andere, auf das Kind bezogene kulturelle Aktivitäten, etwa im Sportverein, einsetzen können.

Quelle: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion CDU/CSU vom 27.10.2009

(3) Bündnis 90/Die Grünen: Familienpolitische Reise in die Vergangenheit

Zum schwarz-gelben Verhandlungsergebnis einer Freibetrags- und Kindergelderhöhung erklärt Ekin Deligöz, kinder- und familienpolitische Sprecherin:

Familienpolitisch bahnt sich eine schwarz-gelbe Reise in die Vergangenheit an. Trotz anders lautender Rhetorik steht in entscheidenden Punkten eine ideologische Familienpolitik alter Prägung an. Hauptbegehrt in den Verhandlungen war – wohl mit Erfolg – der Ausbau des komplizierten und sozial unausgewogenen Kinderfreibetragsystems. Besserverdiener werden in Zukunft rund 1.000 Euro im Jahr mehr bekommen als Kindergeldempfänger.

Statt mit einer armutsfesten Kindergrundsicherung die Familienförderung sinnvoll zu reformieren, werden jetzt bis zu acht Milliarden Euro mehr für das ineffiziente Transfersystem bereitgestellt. Höchstverdiener werden am meisten profitieren, während arme Kinder leer ausgehen. Diese Finanzmittel werden künftig für eine zielgenaue Armutsbekämpfung sowie für die allseits beschworenen Qualitätsverbesserungen bei Betreuung und Bildung fehlen.

Kinder im Hartz-IV Bezug gehen unter Schwarz-Gelb gänzlich leer aus. Ihnen werden durch die Kindergelderhöhung sogar faktisch die Regelsätze gekürzt, da das Kindergeld komplett auf den Regelsatz angerechnet wird. Ignorant kann man gar nicht agieren. Erst am Dienstag dieser Woche hat das Bundesverfassungsgericht allergrößte Zweifel im Hinblick auf die Kinderregelsätze bei Hartz IV geäußert. Die Koalitionäre täten also gut daran, sich dem Notwendigen zuzuwenden, anstatt frühzeitige Weihnachtsgeschenke zu verteilen.

Die neue Koalition hätte jetzt die Möglichkeit, einen nachhaltigen, auf die Kinder ausgerichteten Neuanfang in der Familienförderung zu machen. Die Grüne Kindergrundsicherung zeigt, wie es geht: Alle Kinder erhalten 330 Euro im Monat, unabhängig davon, in welcher Familienform sie groß werden. Um eine soziale Balance herzustellen, wird die Kindergrundsicherung zu Teilen auf das zu versteuernde Einkommen angerechnet und verringert sich auf ein Minimum von 280 Euro, wenn die Eltern sehr gut verdienen. Bestehende Leistungen werden gebündelt und das Ehegattensplitting umgewandelt. Denn: Kinder gehören in den Mittelpunkt der Förderung und nicht der Trauschein.

Quelle: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen NR. 0867 23.10.2009

(4) AWO: Ungedekte Schecks und Verschieben lösen keine Probleme!

„Ich warne davor, auf die Heizelmännchen zu warten und darauf zu hoffen, dass sie die Zukunftsprobleme unseres Landes lösen“, bilanziert der AWO Bundesvorsitzende Rainer Brückers den Entwurf des Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung. "Es ist unseriös, wenn die Koalitionäre milliardenschwere Ausgaben ankündigen, ohne ein Finanzierungskonzept auf den Tisch zu legen", so Brückers. Dies gelte „für das bildungs- und erziehungspolitisch unsinnige Betreuungsgeld ebenso wie für die sozial ungerechte Erhöhung des Kinderfreibetrags, von der einseitig die einkommensstarken Eltern profitieren“.

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

Der absehbar Kurswechsel in der Gesundheits- und Pflegepolitik, "hin zu unsozialen Kopfpauschalen und einer immer stärkeren Privatisierung der Lebensrisiken Krankheit und Pflegebedürftigkeit ist fatal und höchst unsozial" zeigt sich der AWO der Bundesvorsitzende empört. Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise habe gezeigt, wie wichtig ein starker und solidarisch finanzierter Sozialstaat sei: „Wer jetzt einem Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten und einer Kapitaldeckung in Form eines Kapitalstocks das Wort redet, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und hat nichts aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gelernt.“

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik betrachtet die AWO mit Sorge, dass die neue Regierung offensichtlich den Rückweg in die getrennte Aufgabenwahrnehmung antreten will. "Mit der Abschaffung des Prinzips der 'Hilfen aus einer Hand' zu Gunsten der getrennten behördlichen Zuständigkeit droht ein beispielloses Chaos und eine deutliche Verschlechterung der Situation aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen", warnt Brückers.

Insgesamt fehlen im Koalitionsvertrag klare Aussagen zur Bekämpfung von Lohn-, Kinder und Altersarmut. "Das ist alles sehr vage und dünn", bedauert AWO-Chef Brückers.

Quelle: Pressemitteilung des AWO Bundesverbandes e. V vom 26.10.2009

(5) Paritätischer Wohlfahrtsverband: Blinde Flecken im Koalitionsvertrag

Der Paritätische Wohlfahrtsverband bewertet den vorliegenden Koalitionsvertrag als zeitgemäße Agenda, die fast alle wesentlichen Themen auf die politische Tagesordnung setzt. Der Verband sieht jedoch deutlich Lücken im Bereich der Armutsbekämpfung und warnt vor einer Privatisierung sozialer Risiken.

„Mit Bildung, Pflege, Flüchtlingspolitik oder UN-Behindertenrechtskonvention wurden eine Reihe hochwichtiger und brisanter Themen auf die Agenda gesetzt. Entscheidend wird es nun darauf ankommen, dass den richtigen Fragen innerhalb der kommenden vier Jahre auch konkrete Antworten im Sinne der Betroffenen folgen“, so Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. Der Verband werde sich als kompetenter Partner aktiv in die politische Gestaltung sozial gerechter Lösungen einbringen.

„Nichts kann jedoch darüber hinwegtäuschen, dass das Thema Kinderarmut auf den insgesamt 124 Seiten komplett ausgeblendet wird und für Hartz IV-Bezieher mit Ausnahme der Anhebung des Schonvermögens keine wesentlichen Verbesserungen in Aussicht stehen. Diese blinden Flecken sind fatal. Knapp 2 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut warten auf Antworten“, mahnt Schneider.

Erst in der vergangenen Woche habe das Bundesverfassungsgericht die bestehenden Hartz IV-Regelleistungen für Kinder und Erwachsene kritisch hinterfragt. „Wir hätten uns gewünscht, dass die aktuelle Debatte ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden hätte“, so Schneider.

Der Paritätische warnt davor, durch falsche Akzente bei Steuerpolitik und Transferleistungen bestehende soziale Ungleichheiten zu verschärfen. „Mehr denn je brauchen wir jetzt eine Politik der Integration und des solidarischen Ausgleichs“, so Hauptgeschäftsführer Schneider

Quelle: Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom 26.10.2009

(6) ZFF: Ohne Konzept gegen Kinderarmut sieht schwarz-gelbe Familienpolitik alt aus!

Zur heutigen Präsentation des Koalitionsvertrages der schwarz-gelben Bundesregierung erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF):

"CDU/CSU und FDP wollen bis zum 2013 eine moderne Familienpolitik für alle Generationen machen. Das gelingt nur zum Teil.

Modern ist zum Beispiel die Weiterentwicklung des Elterngelds. Hier sollen die Partnermonate gestärkt und ein Teilelterngeld eingeführt werden. Das ZFF setzt sich schon lange für eine flexible Teilzeitregelung beider Elternteile bei gleichzeitigem Elterngeldbezug ein und freut sich über diese deutliche gleichstellungs- und familienpolitische Verbesserung.

Unmodern ist dagegen die Beibehaltung der ungerechten Familienförderung. Durch die Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags auf 7.008 Euro im Jahr geht die Schere zwischen armen und reichen Familien weiter auseinander. Darin ändert auch ein höheres Kindergeld nichts, denn arme Kinder im Hartz-IV-System sehen davon keinen Cent!

Modern wäre dagegen, ein wirksames Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln und das alte System der ineffizienten Förderung zu überwinden. Die Lösung wäre eine Kindergrundsiche-

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

rung, die das Zukunftsforum Familie gemeinsam mit anderen Bündnispartnern fordert. Die neue Leistung garantiert allen Kindern das soziokulturelle Existenzminimum von 502 Euro im Monat und ersetzt alle bisherigen Transfers.

Die schwarz-gelbe Familienpolitik will modern wirken. Ohne wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut sieht sie aber alt aus!"

Quelle: Pressemitteilung des Zukunftsforum Familie e.V. vom 24.10.2009

2. Schwerpunkt: Kinderregelsätze

(7) SPD: Regelleistungen für Kinder müssen bedarfsgerecht sein

Zur derzeitigen Prüfung des Kinderregelsatzes durch das Bundesverfassungsgericht erklären die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin Andrea Nahles und die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Die Regelleistungen für Kinder müssen deren notwendigen Bedarf abbilden. Die SPD setzt sich seit langem für eine zielgenaue Bedarfsermittlung als Grundlage für eigenständige und bedarfsgerechte Kinderregelsätze ein. Die Überprüfung der Regelsatzermittlung durch das Bundesverfassungsgericht wird hier mehr Klarheit schaffen. Wenn Anfang 2010 das Urteil vorliegt, muss die neue Bundesregierung schnell daraus Konsequenzen ziehen.

Bereits in der Vergangenheit konnten wir durchsetzen, dass die Kinderregelsätze besser ausgestaltet werden: So haben wir mit der Einführung der dritten Stufe des Kinderregelsatzes für 7- bis 13-Jährige den Bedarf dieser Altersgruppe besser abgebildet. Der Betrag ist um 40 Euro auf 251 Euro angehoben worden - gegen den anfänglichen Widerstand der CDU/CSU. Die SPD hat in der Großen Koalition auch erreicht, dass alle Kinder, für die Sozialleistungen gezahlt werden, jährlich ein Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro erhalten.

Wir brauchen aber nicht nur eigenständige bedarfsgerechte Kinderregelsätze, sondern auch eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Familien. Wenn die schwarz-gelben Steuersenkungspläne weiter verfolgt werden, wird den Ländern und Kommunen das notwendige Geld für den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur fehlen. Für Alleinerziehende, die besonders häufig von Armut bedroht oder betroffen sind, ist gerade eine gute Betreuungsinfrastruktur notwendig, um den Sprung in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Daher muss der Betreuungsausbau für unter Dreijährige, der in den vergangenen Jahren ganz oben auf der Agenda stand, weiter vorangetrieben werden. Die neue Regierung darf die Kommunen nicht im Regen stehen lassen.

Quelle: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion SPD Nr. 902/2009 vom 20.10.2009

(8) DIE LINKE: Kinder und Jugendliche aus der Armut holen – Regelleistungen umgehend erhöhen

"Die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Hartz IV-Regelsätze liegen auf der Hand", erklärt Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Verhandlung zu den Hartz IV-Regelsätzen vor dem Bundesverfassungsgericht. "Es ist deshalb enttäuschend, dass sich bislang kein Gericht erster Instanz und außer dem hessischen kein weiteres Landessozialgericht dazu entschließen konnte, die Frage dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Dies zeigt, dass die Sozialstaatsverpflichtung des Grundgesetzes in der Richterschaft noch immer nicht vollständig angekommen ist."

Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, fordert: "Die neue Bundesregierung muss umgehend die Hartz IV-Regelsätze erhöhen. Das gilt für Erwachsene, insbesondere aber für Kinder und Jugendliche. Die Beeinträchtigung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen muss umgehend korrigiert werden. Die Sätze sollten dabei entsprechend der Ermittlung des Bedarfs durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband altersspezifisch angepasst werden. Das würde eine spürbare Anhebung um 25 bis 33 Prozent bedeuten.

Die bisherigen Regelsätze sind Armutssätze. Ausgewogene Ernährung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sind darin nicht vorgesehen. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Ich erinnere daran, dass das Hessische Landessozialgerichts eine verfassungswidrige Unterdeckung des sozio-

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

kulturellen Existenzminimums konstatiert hat, die, so das Gericht wörtlich, ‚mit hoher Wahrscheinlichkeit die Lern- und Bildungsfähigkeit der Kinder beeinträchtigt und zu deren sozialer Ausgrenzung führt‘. Dieser Bewertung stimme ich voll und ganz zu.“

Quelle: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. vom 20.10.2009

(9) AWO: Der Armut ihr Kindergesicht nehmen: AWO fordert Systemwechsel!

"Kinderarmut in einem reichen Land ist schlicht skandalös. Alle Kinder haben einen Anspruch auf ein Aufwachsen ohne Armut, auf gleiche Beteiligungschancen und auf eine kostenlose Bildung", so der AWO Bundesvorsitzende Rainer Brückers.

Der heutige Regelsatz für Kinder, der bisher prozentual aus dem Erwachsenenregelsatz abgeleitet wird, "deckt die Bedarfe von Kindern in keiner Weise, weder mit Blick auf eine gesunde Ernährung, noch mit Blick auf den außerschulischen Bildungsbedarf, den Kinder haben", kritisiert Brückers anlässlich der heutigen mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zu den Kinderregelsätzen.

Gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind eine Verpflichtung für den Staat. Er muss dazu ausreichende finanzielle Mittel und flächendeckende, hochwertige und kostenfreie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen. "Hier hilft die Diskussion über abstrakte Warenkörbe nicht weiter. Es geht völlig an der Lebensrealität von Kindern vorbei, wenn beispielsweise darüber gestritten wird ob in den Regelsätzen die monatlichen Ausgaben für Spielzeug, die einem Kind zustehen, von derzeit 62 Cent monatlich auf beispielsweise 80 Cent angehoben werden. Deshalb taugt als nachhaltige Lösung nur ein politischer Systemwechsel", so Brückers.

Gemeinsam mit anderen Bündnispartnern hat der AWO Bundesverband mit der Kindergrundsicherung einen solchen Vorschlag in die Diskussion gebracht, mit der die bisher intransparente, ineffiziente und ungenügende Förderung von Kindern überwunden werden kann. Dieser Forderung haben sich neben der AWO und dem Zukunftsforum Familie weitere Verbände und namhafte Wissenschaftler angeschlossen (weitere Informationen: kinderarmut-hat-folgen.de).

Die Kindergrundsicherung soll allen Kindern das sächliche Existenzminimum in Höhe von 322 Euro als unbürokratische Leistung garantieren. Bis der Staat sämtliche Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung gebührenfrei zur Verfügung stellt, fordert das Bündnis Kindergrundsicherung einen weiteren Betrag in Höhe von 180 Euro. Dies entspricht dem verfassungsrechtlich festgestellten Bedarf für Betreuung, Erziehung und Ausbildung. Darunter fallen beispielsweise Kursgebühren und Mitgliedsbeiträge in Vereinen, aber auch Lernmittel, Fahrtkosten und Studiengebühren.

Quelle: Pressemitteilung des AWO Bundesverbandes e. V. vom 20.10.2009

(10)VAMV: Kinderregelsätze: Pfennigfuchserie in Karlsruhe

Gut 50 Prozent der Kinder im Hartz IV-Bezug sind Kinder von Alleinerziehenden. Die heute beginnende Verhandlung am Bundesverfassungsgericht über die Regelsätze im SGB II sind für sie besonders wichtig. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) bewertet die Debatte um den Kinderregelsatz als notwendig – sie offenbart grundsätzliche Mängel der deutschen Kinder- und Familienpolitik.

Edith Schwab, Bundesvorsitzende des VAMV: „Die Verhandlung in Karlsruhe macht klar, dass es sich beim Kinderregelsatz um Pfennigfuchserie handelt. Die willkürliche Ableitung des Bedarfs von Kindern vom ohnehin unterdeckenden Erwachsenenregelsatz kritisiert der VAMV seit langem. Beim Streit um Kinderschuhe, Geodreieck und Turnbeutel wird aber vor allem Eines klar: der Staat vernachlässigt seine Fürsorgepflicht in wesentlichen Bereichen. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, der Mangel an flächendeckender ganztägiger und kostenfreier Bildung und Betreuung für Kinder und die Studiengebühren machen deutlich, dass da gespart wird, wo sich die Gesellschaft selber schadet. Da, wo es darauf ankommt, bei der Bildung nachwachsender Generationen wird um jeden Buntstift diskutiert. Das ist ein Armutszeugnis.“

ZFF-INFO NR. 22/2009 02.11.2009

Der VAMV fordert seit vielen Jahren eine einheitliche Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro für jedes Kind. Eine Existenzsicherung, die als Anspruch des Kindes ausgestaltet ist und alle bisherigen finanziellen Leistungen vereint, koppelt Kinder von der Diskussion um „Bedarfsgerechtigkeit“ ab.

„Dadurch, dass Kinder heute im Erwachsenenensystem ‚Hartz IV‘ mitversorgt werden, entsteht das Missverhältnis. Eine ‚Grundsicherung für Arbeitssuchende‘ bindet Kinder immer an den Erwerbsstatus ihrer Eltern und geht an ihren Bedürfnissen vorbei“ kritisiert die Bundesvorsitzende, Fachanwältin für Familienrecht. „In einer Wissensgesellschaft sind wache, neugierige und engagierte Kinder der größte Schatz den wir haben. Da sollten wir nicht um Winterstiefel streiten, sondern angemessen und gleichberechtigt handeln. Bedarfsgerecht für Kinder ist, was ihnen ein Aufwachsen ohne Armut und Mangel ermöglicht.“

Quelle: Pressemitteilung des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter vom 20.10.2009

(11)ZFF: Der Streit um Cents macht kein Kind satt!

ZFF fordert Kindergrundsicherung statt Kinderregelsätze

Anlässlich der heutigen mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zu den Kinderregelsätzen im SGB II und XII erklärt Barbara König, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie (ZFF):

"Der heutige Regelsatz für Kinder, der bisher prozentual aus dem Erwachsenenregelsatz abgeleitet wird, deckt die Bedarfe von Kindern in keiner Weise. Wir hoffen, dass dies auch das höchste deutsche Gericht bestätigt.

Neben der Höhe geht es aber auch um die Systematik. Warenkorbrechnungen helfen nicht weiter, denn es ist unerheblich, ob die Summe für das tägliche Kinderfrühstück von 61 Cent auf 80 Cent erhöht wird.

Ein Streit um einzelne Cents macht kein Kind satt! Statt vieler kleiner Lösungen brauchen wir die große Lösung: die Kindergrundsicherung für alle Kinder!"

Gemeinsam mit anderen Bündnispartnern und Wissenschaftlern fordert das ZFF eine Kindergrundsicherung in Höhe von 502 Euro monatlich, die alle bisherigen Förderleistungen ersetzt. Weitere Informationen dazu unter: www.kinderarmut-hat-folgen.de.

Quelle: Pressemitteilung des Zukunftsforum Familie e.V. vom 20.10.2009

Neues aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft

(12)Statistisches Bundesamt: Im März 2009 förderten Jugendämter 99 000 Kinder in Tagespflege

Im März 2009 haben in Deutschland die Eltern von rund 99 000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, stieg somit die Zahl der betreuten Kinder gegenüber dem Vorjahr um 13 000 beziehungsweise 15% an.

Den höchsten Anstieg gab es in der Altersgruppe der unter 3-Jährigen. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9 800 beziehungsweise 19% erhöht. Insgesamt waren 61 000 der rund 99 000 in Kindertagespflege betreuten Kinder (62%) jünger als drei Jahre alt. Betreut wurden die 99 000 Kinder von rund 38 700 Tagesmüttern oder Tagesvätern, 2 300 mehr als im Jahr zuvor (+ 6%).

Rund 8 600 Kinder wurden in einer der insgesamt 941 Großtagespflegestellen betreut. Eine Großtagespflegestelle ist ein Zusammenschluss von mindestens zwei Kindertagespflegepersonen zur gemeinsamen Betreuung von Kindern über Tag. Insgesamt waren 2 155 Tagespflegepersonen in einer solchen Großtagespflegestelle tätig.

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

Die Statistik zählt nur die Tagespflegeverhältnisse, die mit öffentlichen Mitteln durch die Jugendämter gefördert werden. Darüber hinaus bestehende Tagespflegeverhältnisse auf rein privater Basis, bei denen kein Jugendamt in die Vermittlung oder Förderung eingeschaltet war, werden nicht erfasst. Umfassende Daten zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland, insbesondere zur Statistik über die Kinder in Kindertageseinrichtungen, werden voraussichtlich Mitte November 2009 vorliegen.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 407 vom 28.10.2009

(13)Müller und Scheeres zur Kita-Einigung: Toller Erfolg - Qualität steigt, Beitragsfreiheit kommt - Opposition steht im Abseits

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, sowie die jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sandra Scheeres, begrüßen die heute bekannt gegebene Einigung des Senats mit dem Landeselternausschuss Kita. "Die Einigung mit den Initiatoren des Volksbegehrens auf die nächsten Schritte der Qualitätsverbesserung unserer Kitas ist ein toller Erfolg", so Sandra Scheeres. "Damit ist das geplante Volksbegehren hinfällig - über das inhaltliche Anliegen gab es ohnehin eine große Übereinstimmung. Die Verbesserungen können jetzt gemeinsam und im Konsens umgesetzt werden. Das ist gut und wichtig für unsere Kinder. Die Erzieherinnen und Erzieher haben die Möglichkeit, das Bildungsprogramm und das Sprachlerntagebuch noch intensiver umzusetzen." "Es ist erfreulich, dass die Initiatoren des Volksbegehrens nach den Gesprächen mit der Koalition das Augenmaß bewiesen haben, dass aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht alle Maßnahmen auf einen Schlag umgesetzt werden können. Die gute Basis für diesen jetzt vereinbarten Weg bildeten der Stufenplan der SPD, der von uns bereits im Sommer 2008 beschlossen wurde, sowie die von der Koalition angekündigte Personalaufstockung", so der Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. Zusätzlich zu den vereinbarten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in den Kitas bleibt es auch bei den beitragsfreien Kitajahren. Sandra Scheeres: "Wir haben damit Wort gehalten und verfolgen konsequent den Weg, dass wir die Qualität verbessern, das quantitative Angebot ausbauen und gleichzeitig die Eltern von den Kitabeiträgen befreien. Die Einigung ist blamabel für Grüne, CDU und FDP, die sich leichtfertig von der bildungspolitisch und gesellschaftlich wichtigen Beitragsfreiheit verabschieden wollten und sich aus reinen parteipolitischen Gründen bereits auf ein Volksbegehren gefreut hatten. Nach der Einigung stehen sie im Abseits."

Quelle: Pressemitteilung von Thorsten Metter SPD Nr. 62 vom 27.10.2009

Infos aus anderen Verbänden

(14)AWO: "Einfach hergekommen und fortgeholt und dann ist es gut ..."

Ausstellung zu Euthanasie und Eugenik am AWO Fachkrankenhaus Jerichow

Am AWO Fachkrankenhaus Jerichow wird seit dem 21. Oktober 2009 eine Ausstellung gezeigt, die sich mit Euthanasie und Eugenik in der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzt. Sie dokumentiert die Auswirkungen nationalsozialistischer Kollektivethik in der Psychiatrie sowie der damaligen Landesheilanstalt Jerichow und führt Besuchern vor Augen, welcher Willkür und Ohnmacht Menschen ausgesetzt waren, die nicht in das menschenfeindliche Weltbild jener Zeit passten. Auch Jerichows Bedeutung als "Zwischenanstalt" für den Weitertransport in NS-"Tötungsanstalten" wie Bernburg und Brandenburg wird erstmals dargestellt. Über 900 Menschen wurden von Jerichow aus in den Tod geschickt. Die AWO Sachsen-Anhalt will mit der Ausstellung die Erinnerung an die Opfer der NS-"Euthanasie" wach halten sowie einen Beitrag zur Aufarbeitung lokaler und regionaler Geschichte leisten.

Auf 15 Schautafeln wird an die Opfer gedacht, die vom "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" betroffen waren. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden in Deutschland 400 000 Menschen zwangssterilisiert und 70 000 ermordet, weil sie als psychisch krank galten. Sie waren blind, taub, schizophren oder alkoholabhängig. "Wir wollen Vergessenes wieder sichtbar machen, um nicht erst dann von Vergangenen zu berichten, wenn es bereits zu spät ist. Die Ausstellung soll einen Mehrwert für die gesamte Region rund um Jerichow, Stendal, Genthin und darüber hinaus darstellen -

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

offen für alle Menschen, die regionale Geschichte vor Ort nachvollziehen wollen.“ sagte AWO Landesvorsitzende Petra Grimm-Benne bei der Eröffnung.

[...]

Neben bekannten Teilen zur Geschichte der NS-„Euthanasie“ wartet die Ausstellung mit neuem regionalen Wissen auf - so zum damaligen Direktor Dr. Tietze, von dem bislang nur wenig bekannt war und selbst in den Chroniken des Krankenhauses nur wenig zu finden ist. Unter seiner Federführung wurden jene maßgeblichen Veränderungen eingeleitet, in der das damalige Krankenhaus Jerichow zur sogenannten „Zwischenanstalt“ für die Verlegung von Patienten in die NS-Tötungsanstalten Brandenburg und Bernburg umgestaltet wurde.

[...]

Eine Gruppe von Pflegerinnen, Ärzten, ehemaligen Mitarbeitern und Studierenden haben die Ausstellung unter Federführung des beim AWO Landesverband Sachsen-Anhalt eingerichteten Referates für Demokratie und Toleranz erarbeitet. Die freiwilligen Helfer sichteten Archive, recherchierten Biografien und ordneten Datenbestände. „Einfach hergekommen und fortgeholt und dann ist es gut...“ – der Titel von Tafel 1 – ist das Zitat eines Angehörigen eines Opfers der NS-„Euthanasie“.

Die Ausstellung, die mit finanzieller Unterstützung der Initiative dieGesellschafter.de umgesetzt werden konnte, soll mindestens ein Jahr am AWO Fachkrankenhaus einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

Einen Flyer der Ausstellung finden Sie unter www.awo-lsa.de Landesverband Sachsen-Anhalt: info@AWO-LSA.de bzw. telefonisch unter 0391/ 62790

Quelle: Pressemitteilung des AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. vom 22.10.2009, gekürzt

(15)LSVD: Durchbruch bei der Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten

Bundesverfassungsgericht trifft Grundsatzentscheidung zu Ehe, Familie und Lebenspartnerschaft
Das Bundesverfassungsgericht hat heute seinen Beschluss vom 07.07.2009 - 1 BvR 1164/07 - veröffentlicht. Danach muss die „Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder“ (VBL) hinterbliebenen Lebenspartnern dieselbe Hinterbliebenenrente gewähren wie hinterbliebenen Ehegatten. Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des „Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland“ (LSVD):

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist ein Durchbruch in der Diskussion um die rechtliche Stellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften. Zur Begründung der Ungleichbehandlung von Lebenspartnerschaften, so das Gericht, sei der Verweis auf den verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie nicht ausreichend. Der besondere Schutz durch Artikel 6 Abs. 1 GG rechtfertige keine Diskriminierung. Da es um die Ungleichbehandlung von Personengruppe gehe, sei eine Ungleichbehandlung nur in engen Grenzen möglich.

Die Gleichbehandlung sei aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Art. 3 Abs. 1 GG geboten. Aus dem Auftrag und der Befugnis, die Ehe zu fördern, gehe kein Recht zur Benachteiligung einer, da die Pflichten gleich und die Partnerschaftsformen vergleichbar seien. Auch die Begründung, die Ehe sei typischerweise zur Kindererziehung gegründet, weist das Gericht zurück, da nicht jede Ehe auf Kinder angelegt ist. Gleichzeitig betont das Verfassungsgericht, dass auch in zahlreichen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften Kinder aufwachsen.

Die Erwägungen des Gerichtes gelten in gleicher Weise für alle anderen Benachteiligungen von Lebenspartnern. Da Lebenspartner in gleicher Weise füreinander eintreten müssen wie Ehegatten, müssen sie auch bei allen Rechten gleich behandelt werden.

Der LSVD hat deshalb umgehend die Verhandlungskommission von CDU und FDP gebeten, im Koalitionsvertrag zu vereinbaren, dass die Koalition das gesamte Bundesrecht auf der Grundlage des neuen Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts überprüfen und gleichheitswidrige Benachteiligungen von Lebenspartnern abbauen wird.

Der neue Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gilt natürlich auch für das Recht der Bundesländer sowie die Satzungen der berufsständischen Versorgungswerke der freien Berufe. Jetzt ist endlich Schluss mit der Diskriminierung der lesbischen Bürgerinnen und schwulen Bürger Deutschlands!

Quelle: Pressemitteilung des Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. vom 30.10.2009

(16) Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben

Für Menschen mit Sorgeverantwortung für Kinder und Ältere wird es immer anspruchsvoller, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Beide Bereiche konkurrieren um die verfügbaren Zeit- und Energieressourcen; dabei müssen sich die Familienmitglieder häufig den Erfordernissen der Arbeitswelt unterordnen. Zählen in der Erwerbsarbeit vor allem jederzeitige Verfügbarkeit, Mobilität und Flexibilität, brauchen Kinder und pflegebedürftige Angehörige vorrangig Verlässlichkeit, Planbarkeit und Zeit für die Intensivierung von Bindungen. Die Erwartungen beider Lebensbereiche stehen sich teilweise so diametral entgegen, dass oftmals ein Familienmitglied sein berufliches Engagement reduziert, um der Sorgeverantwortung überhaupt gerecht zu werden. Dabei sind viele Familien heute auf zwei Einkommen angewiesen, um ihre Existenz zu sichern. Gleichzeitig wächst die Gruppe der Alleinerziehenden, die ihren Alltag zwischen Kindern und Erwerbstätigkeit weitgehend eigenständig bewältigen muss. In einer dominant von Erwerbsarbeit geprägten Gesellschaft kommt der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben deshalb eine zentrale Bedeutung zu.

Die Empfehlungen des Deutschen Vereins zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht Ihnen auf www.deutscher-verein.de zum download bereit.

Quelle: Vorbemerkung zur Stellungnahme des Deutschen Vereins auf www.deutscher-verein.de, 30.10.2009

Termine und Veranstaltungen

(17) Veranstaltung: "Wertebildung in Familien"

Termin: 25. November 2009

Ort: Berlin im Hotel Aquino

Veranstalter: Deutsche Rote Kreuz

Wertebildung erfolgt im Alltag und muss in alltägliche Lebensbezüge eingebettet werden. Wie Kinder die Familie und Erwachsene wahrnehmen, welche Vorbilder sie haben und welche Erfahrungen sie im Kindergarten und in der Kindertagesstätte erleben, beeinflusst ihre Werteorientierung und spätere Lebenseinstellung maßgeblich.

Das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes hat daher in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Projekt zur Förderung der wertorientierten Erziehung initiiert. Mit dem Projekt "Wertebildung in Familien" werden bundesweit 15 Projekte finanziell gefördert, die sich in dem Themenfeld der Werteerziehung ausdrücklich engagieren. Als Orte der Umsetzung sind insbesondere Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren und Eltern-Kind-Zentren ausgewählt worden. Die 15 Projektstandorte haben im November 2008 mit der Umsetzung ihrer Praxiskonzepte gestartet. Die Praxisphase für die Projektstandorte endet im Mai 2010.

Weitere Informationen: www.DRK.de

(18) Fachtagung: "Wie wird Deutschland familienfreundlich?"

Termin: 24. bis 25. November 2009

Ort: Tagungszentrum Hohenheim, Paracelsusstraße 91, 70599 Stuttgart

Veranstalter: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

ZFF-INFO NR. 22/2009
02.11.2009

Im Rahmen der Fachtagung "Wie wird Deutschland familienfreundlich?" sollen auf der Basis wissenschaftlich-fachlicher Erkenntnisse Perspektiven für mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland entwickelt werden. Dabei stehen zwei Fragestellungen im Vordergrund: "Wo liegen Chancen für Kinder?" und "Wie können Eltern entlastet werden?".

Damit Familienfreundlichkeit in Deutschland ein verlässliches Markenzeichen wird, ist das Engagement vieler gesellschaftlicher Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene notwendig. Nur wenn alle zusammenarbeiten - Politik, Wirtschaft, Verbände und andere Institutionen - kann es gelingen, die Lebensbedingungen von Familien und die Chancengerechtigkeit für Kinder zu verbessern. Die vom Bundesfamilienministerium initiierte und von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Familienforschung Baden-Württemberg ausgerichtete Veranstaltungsreihe findet seit 2007 bereits zum dritten Mal statt.

Weitere Informationen: www.akademie-rs.de

(19)Workshops "Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit"

Termin: 13.November 2009, 23.November 2009 und 26.November 2009

Ort: Hannover, Nürnberg und Düsseldorf

Veranstalter: DGB Bundesvorstand

Vereinbarkeit ist ein Zukunftsthema und ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Handlungsfeld, auch für Arbeitnehmervertretungen. Trotz guter betrieblicher Beispiele wird das Spektrum familienfreundlicher Maßnahmen in der betrieblichen Praxis nicht hinreichend ausgeschöpft.

Deshalb fordern Betriebs- und Personalräte von den Gewerkschaften mehr konkrete Unterstützungsleistungen; z. B. bei der Sensibilisierung für den Querschnittscharakter des Themas im Rahmen gewerkschaftlicher Fort- und Weiterbildungsangebote („Betriebs- und Personalräte als Akteure familienbewusster Personalpolitik“ Döge, 2006).

Das Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ möchte im Rahmen von Schulungen für Betriebs- und Personalräte das Querschnittsthema Vereinbarkeit methodisch interessant gestalten und dessen Verankerung in den gewerkschaftlichen Bildungsangeboten fördern.

Weitere Informationen: www.familie.dgb.de

(20)Fachtag: „Familie in guter Gesellschaft?“

Termin: 27.November 2009

Ort: Hannover

Veranstalter: AWO Bezirksverband Hannover

AWO Bezirksverband Hannover und AWO Region Hannover nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, am 27.11.2009 einen Fachtag zum Thema „Familie in guter Gesellschaft?“ im Raschplatzpavillon in Hannover durchzuführen.

Wir wollen uns Gedanken um die Familie machen, um ihre soziale Lage, den Wandel, dem sie unterliegt und ihren vielfältigen Funktionen vor dem Hintergrund der hohen gesellschaftlichen Erwartungen.

Familien können nicht ohne soziale Netze existieren. Das Leben mit Kindern muss ebenso abgesichert werden wie das Leben im Alter.

Wir wollen uns damit auseinandersetzen, welche Möglichkeiten die Politik hat, gesellschaftliche Entwicklungen zu begleiten und sozialpolitische Forderungen erarbeiten.

Weitere Informationen: www.awo-bv-hannover.de

Aus dem ZFF

(21)ZFF: Personalwechsel

Zum 31.10.2009 verlässt Maria Bader die ZFF-Geschäftsstelle. Die Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin war als Elternzeitvertretung beschäftigt und arbeitete als Referentin in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie hat vor allem den Internet-Relaunch des Familienverbandes organisiert. Zum 01.11.2009 kehrt die Referentin Cosima Ingenschay aus ihrer Elternzeit zurück.

Hinweis: Für die veröffentlichten Links und Inhalte Dritter übernehmen wir keine Haftung.



zukunftsforum
familie e.v.